

«Den Glauben nicht verstecken»

INTEGRATION Religionen sollen in der Öffentlichkeit praktiziert werden dürfen. Religionswissenschaftler Hans G. Kippenberg erklärt auch, was hingegen kontraproduktiv ist.

BENNO BÜHLMANN
kultur@luzernerzeitung.ch

Herr Professor Kippenberg, das Zusammenspiel von Religion und Integration ist ein brisantes Thema. Was ist die grösste Herausforderung?

Hans G. Kippenberg: Es gilt zur Kenntnis zu nehmen, dass sowohl die Schweiz wie etwa auch Deutschland zu Einwanderergesellschaften geworden sind. Und diejenigen, die hierherkommen, sind häufig Angehörige von Religionen, die uns wenig vertraut sind. Die Frage ist: Kann unsere überwiegend christliche Gesellschaft diese Gruppierungen aufnehmen und gleichzeitig ihre Identität bewahren?

Der Fokus liegt derzeit hauptsächlich auf den Muslimen, denen oft fehlende Bereitschaft zur Integration vorgeworfen wird. Stimmt das?

Kippenberg: Die muslimischen Gemeinden werden oft als Orte der Ausgliederung gesehen. Genauer betrachtet, handelt sich aber um Orte der Integration. Denn wenn Muslime einwandern, finden sie zuerst Unterstützung in muslimischen Gemeinden, sei dies beim Gang zu den Behörden, bei der Vermittlung von Jobs, beim Spracherwerb, bei Fragen zur Schule oder auch bei alltäglichen Schwierigkeiten wie mit dem Computer. Das war auch so bei jenen Schweizern, die nach Amerika ausgewandert sind: Oft haben sie zuerst bei Kirchgemeinden angeknüpft, bevor sie sich um Integration in den Wohnquartieren bemühten.

Am Kongress an der Uni Luzern zum Thema «Religion und Integration» wurde betont, dass der Islam öffentlicher werden müsse, um diese Integration zu verbessern. Einverstanden?

Kippenberg: Auf jeden Fall. Es ist wichtig, dass Muslime ihren Glauben nicht irgendwo versteckt in Hinterhöfen oder Garagen praktizieren, sondern mit ihrer Religion öffentlich sichtbar werden. In verschiedenen Regionen Europas können wir bereits beobachten, dass Muslime heraus-treten und in den Städten teilweise repräsentative Moscheebauten errichten.

Sie denken, dass öffentlich sichtbare Sakralbauten zur Integration beitragen? Kippenberg: Ja. Denn die Muslime bringen mit einer öffentlich sichtbaren Mo-



Beispiel für gelebte und sichtbare religiöse Integration: die Mahmud-Moschee in Zürich.
Keystone/Alessandro Della Bella

schee zum Ausdruck, dass sie definitiv hier angekommen sind und ihre Zukunft nicht mehr in ihrem Herkunftsland sehen. Vielmehr verstehen sie sich als Teil dieser Gesellschaft und als Bürgerinnen und Bürger des Landes, in dem sie jetzt leben. Das in der Schweiz eingeführte Minarettverbot ist kontraproduktiv. Es schadet der Integration und widerspricht auch einem heutigen Verständnis von Religionsfreiheit in einem Europa der Menschenrechte.

Das heisst also, dass damit Menschenrechte verletzt werden?

Kippenberg: Beim Bau von Minaretten sind im Einzelfall durchaus Einschränkungen möglich, indem beispielsweise eine Baubewilligung aus bestimmten Gründen verweigert wird. Ein generelles Verbot scheint mir aber nicht zulässig.

Wie ist es grundsätzlich um die Integration der Muslime in Europa bestellt: Wird sich längerfristig so etwas wie ein europäischer Islam ausbilden?

Kippenberg: Den gibt es bereits. Das lässt sich am besten am Beispiel des Schweizer Islamwissenschaftlers Tariq Ramadan aufzeigen, der entschieden für eine europäisch-muslimische Identität eintritt: Er ruft die Muslime dazu auf, sich als Bürger zu

verstehen und die ihnen zustehenden Rechte in Europa einzufordern.

Und wie steht es um die Pflichten?

Kippenberg: Ein Muslim, der seinen Aufenthalt oder gar die Staatsbürgerschaft in einem europäischen Land habe, muss sich laut Ramadan in den



«Die muslimischen Gemeinden sind ein Ort der Integration.»

HANS G. KIPPENBERG

ortigen Gesellschaftsvertrag fügen. Die Muslime müssten sich im vollen Umfang als Mitbürger betrachten, die am sozialen Leben in allen seinen verschiedenen Aspekten teilhaben, ohne ihre eigenen

Werte dabei aufzugeben. Im Gegensatz sollten die Gesetzgeber den Muslimen die Möglichkeit geben, beispielsweise repräsentative Moscheen zu bauen.

Müsste nicht auch die Imam-Ausbildung künftig vor Ort erfolgen, im Sinne einer nachhaltigen Integration?

Kippenberg: Das ist wichtig. Denn wenn die Imame aus den Herkunftsländern geholt werden, sprechen sie kein Deutsch und können auch die Situation der Migranten in Europa nicht verstehen. Deshalb bieten bereits mehrere Universitäten in Deutschland eine Imam-Ausbildung an. Die gemachten Erfahrungen sind positiv, und dieser Weg wäre wohl auch für die Schweiz sinnvoll. Man muss wegkommen von der «importierten Geistlichkeit». Notwendig sind «einheimische» Geistliche, die hier aufgewachsen sind und verstehen, was es heisst, als Muslim hier zu leben.

HINWEIS

► Dr. Hans Gerhard Kippenberg ist Professor für Vergleichende Religionswissenschaft an der Jacobs University in Bremen. Er sprach kürzlich an einer internationalen Konferenz zum Thema «Religion und gesellschaftliche Integration in Europa». Diese fand an der Uni Luzern statt, wo das Thema an der Theologischen Fakultät auch einen Forschungsschwerpunkt darstellt. ◀

Mich nicht gewöhnen!



Jacqueline Keune über die Gefahr, alles selbstverständlich zu nehmen

Es war nicht selbstverständlich, dass Deutschland Griechenland 4:2 geschlagen hat. Es hätte auch andersrum sein können. Es war nicht selbstverständlich, dass mein Zug Bern erreicht hat. Von all den Menschen, die am 3. Juni 1998 von München nach Hamburg wollten, sind 101 nie dort angekommen, weil für sie gegen elf in Eschede Endstation war.

MEIN THEMA

Es ist nicht selbstverständlich, dass ich aufgewacht bin. Dass ich nicht erst eine Stunde zu Fuss zu einem Wasserloch musste, um mir die Nacht vom Gesicht wischen und die Kehle wässern zu können. Dass ich – anders als Res – noch eine Speiseröhre habe und weiss, wie sich das Wort Krebs schreibt. Nichts ist selbstverständlich. Nicht der Arm am Rumpf, nicht der Reis auf dem Teller, nicht der Trost im Weinen, nicht das Geschenk am Geburtstag. Auch ein Geburtstag: nicht selbstverständlich.

Eine heitere Seele, ohne Folter davonkommen, meine Schwestern, meine Brille, die Bäume, die Demokratie, die Diktatur, nicht verlassen werden, nicht lügen müssen, dich verstehen – nichts versteht sich von selbst. Oder haben Sie gemeint, es sei selbstverständlich, nach 16 schiffbrüchigen Tagen im Fischerboot vom Luxusliner aufgenommen zu werden? Der verzweifelt winkende Adrian Vásquez weiss es.

O nein, nicht selbstverständlich, dass die Griechen und nicht die Deutschen alt ausgesehen haben. Geschweige denn, dass eines der reichsten Länder dieser Erde der Flüchtlingsfamilie, die es bis zu ihm geschafft hat, weil daheim nichts zu beissen war, auch nur den Fünftel pro Tag in die beschämte Hand drückt.

Jacqueline Keune, freischaffende Theologin, Luzern.

NACHRICHTEN

Austritte wegen Kirchensteuern

CHUR sda. Bischof Vitus Huonder ortet das Schweizer Kirchensteuer-system als mögliche Ursache für die zunehmende Zahl von Austritten aus der römisch-katholischen Kirche. Dies schreibt Bistumssprecher Giuseppe Gracia in einer Mitteilung. Die Kirchensteuer gehört zum geltenden dualen kirchlichen System, dem der Bischof seit jeher ablehnend gegenübersteht. Zurzeit sind auf politischer Ebene Bestrebungen im Gange, die Kirchensteuer – zumindest für Firmen – abzuschaffen.

Waadtländer kaufen Papstduft

MORGES sda. Die Waadtländer Kosmetikfirma Valmont hat den Parfümhersteller Il Profumo von Silvana Casoli aufgekauft. Die italienische Duftschöpferin zählt zu ihren Kunden Papst Benedikt XVI., den spanischen König Juan Carlos, Madonna und Sting. Das Unternehmen Il Profumo mit Sitz in Reggio Emilia in der Nähe von Bologna beschäftigt rund 20 Personen.

NETZWERK Der Schweizerische Katholische Frauenbund feierte kürzlich Jubiläum. Vorstandsmitglied Erika Hofstetter sagt, wieso es ihn nach 100 Jahren noch immer braucht.

Erika Hofstetter, viele Frauen sind enttäuscht darüber, wie wenig sich die katholische Kirche bei Fragen wie Zölibat oder Frauen-Priestertum bewegt. Warum bleiben Sie trotzdem im Schweizerischen Katholischen Frauenbund (SKF) aktiv?

Erika Hofstetter*: Für mich gilt: Jetzt erst recht. Durch mein Engagement im SKF habe ich die Chance, mit Gleichgesinnten am Ball zu sein. Gemeinsam können wir mehr erreichen. Wir vertreten nach wie vor die Meinung, dass die Frauen in der Kirche zu den Weiheämtern zugelassen werden sollen. Wir bleiben in dieser Frage hartnäckig. Ausserdem gibt es in der Kirche Freiräume, die wir gestalten können.

Wie denn?

Hofstetter: Zum Beispiel in unseren Ortsvereinen, wo Frauen sich in Pfarreien engagieren und unter anderem spirituelle Angebote oder Frauengottesdienste gestalten. Viele Priester sind sehr offen

und schätzen die Arbeit unserer Frauen- und Müttergemeinschaften.

Braucht es heute noch konfessionelle Frauenorganisationen?

Hofstetter: Nach meiner Überzeugung ja. Unser Verband verspricht eine Verbindlichkeit und Kontinuität, er hat ein Profil



«Wir sind Frauen, die sich engagieren und Werte vertreten.»

ERIKA HOFSTETTER

und kann Haltung und Werte repräsentieren. Der SKF nimmt Einfluss in der Kirche und in der Politik. Auf unserer Internetseite finden sich eine Reihe von wichtigen Positionen- und Diskussionspapieren. Und schliesslich engagiert sich der SKF für eine zukunftsweisende Kirche.

Wie sieht das Frauenbild des SKF in seinem hundertsten Jahr aus?

Hofstetter: Es ist nicht die Frau, sondern wir sind Frauen mit unterschiedlichen Biografien. Frauen, die sich engagieren, Verantwortung übernehmen, Werte vertreten. Frauen, die Bewährtes pflegen und sich öffnen für Neues. Anders gesagt: Frauen mit Wurzeln und Flügeln.

Wo sehen Sie die Hauptaufgaben des SKF heute und in Zukunft?

Hofstetter: Innerhalb des Verbandes bei der Bildung und Bewusstseinsstärkung, in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Nach aussen wollen wir präsent sein, Position beziehen. Wir wollen überdies der Spiritualität Raum geben, und wir wollen mit dem Solidaritätsfonds für Mutter und Kind und mit dem Elisabethenwerk auch solidarisch handeln.

Ist dieses soziale Engagement heute noch nötig?

Hofstetter: Unbedingt. Der Solidaritätsfonds erhält nach wie vor eine grosse Anzahl Gesuche von Frauen, die auf unbürokratische Hilfe angewiesen sind. Geründet wurde dieser Fonds bei einer der Abstimmungen zur Fristenlösung 1976. Der SKF war gegen die Abtreibung, aber er sagte: Wir lassen die Frauen nicht im Stich, wir wollen sofort und nachhaltig handeln, mit diesem Fonds. Mit dem 1958 gegründeten Elisabethenwerk unterstützen wir mit frauenspezifischen Projekten die ärmsten der armen Frauen in den Ländern des Südens.

Welche politischen Fragen sind heute für den SKF aktuell?

Hofstetter: Gleichstellung von Frau und Mann und eine familienfreundliche Politik sowie soziale Anliegen sind auch uns wichtig. Wir engagieren uns deshalb mit politischen Stellungnahmen. Neuere Beispiele sind das gegenwärtige Engagement des SKF in der Sonntagsallianz für den arbeitsfreien Sonntag oder 2011 für die Waffenschutzinitiative.

100 Jahre SKF: Was bewegt Sie persönlich bei diesem Jubiläum?

Hofstetter: Ich empfinde grossen Respekt vor den Leistungen unserer Ahninnen. Das ist für mich auch eine Verpflichtung, auch in Zukunft für unsere Anliegen zu kämpfen und offen zu bleiben. Wir wollen uns im SKF neuen Herausforderungen stellen. Eine dieser Herausforderungen sehe ich bei der Zunahme pflegebedürftiger Menschen im Alter, die (noch) nicht im Heim leben. Früher gab es die Grossfamilie, heute müssen wir neue Ansätze finden, auch mit Freiwilligenarbeit. Ich denke, hier werden auch Frauen- und Müttergemeinschaften ihre Aufgabe haben.

INTERVIEW RUTH SCHNEIDER

* Die Kauffrau und Familienfrau Erika Hofstetter-Barmettler (53) betreut im SKF-Vorstand das Ressort Solidaritätsfonds für Mutter und Kind/ Familienfragen.

«Frauen mit Wurzeln und Flügeln»